

Presseinformation

14.04.10

LBV kritisiert Bundesregierung für Festhalten an pauschalen Agrar-Subventionen

Chance zur Ökologisierung der Agrarpolitik darf nicht ungenutzt verstreichen

Hilpoltstein. Der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) sieht in dem Festhalten an der bisherigen Subventionspolitik lediglich den Versuch, die bisherigen Agrargelder zu sichern. „Die notwendigen Änderungen hin zu einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Landwirtschaft werden dadurch nicht angegangen“, bemängelt der Vorsitzende des LBV, Ludwig Sothmann. „Eine konstruktive Weiterentwicklung der Agrarpolitik, die auch Klimaschutz und Artenvielfalt berücksichtigt, sieht anders aus.“ Der LBV fordert die Agrarzahungen stärker an die erbrachten öffentlichen Leistungen eines Betriebes zu koppeln.

Anders als die Bundesregierung, ist der LBV nicht der Meinung, dass sich die bisherige Subventionspolitik bewährt hat: Trotz mehrfacher Reformen seit dem Beginn der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik geht es mit der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft weiter bergab. Immer mehr Vogelarten der Wiesen und Äcker kommen auf die Rote Liste, eine Art Fieberthermometer für den Naturschutz, darunter die ehemals weit verbreitete Feldlerche oder der große Brachvogel. Aber nicht nur bei den wildlebenden Arten bietet sich dieses Bild, auch die Vielfalt der Nutzpflanzen und -sorten hat stark abgenommen und konzentriert sich auf wenige ertragsstarke Arten, sei es in der Tierzucht, oder auf dem Acker. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe geht immer weiter zurück, während die verbleibenden Betriebe immer größer werden.

Doch anstatt wirksam gegen diese Verluste vorzugehen, möchte die Bundesregierung weiterhin pauschal Subventionen verteilen. Dabei kommt der Großteil der Zahlungen bisher nur einem kleinen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe zu Gute. So gingen 2005 in Deutschland knapp 70% der Subventionen an lediglich 17,7 % der Betriebe. Die Gemeinwohlleistungen, die der einzelne Betrieb für die Öffentlichkeit erbringt, bleiben dabei unberücksichtigt. Der LBV fordert, dass nur noch für Leistungen, die der Allgemeinheit zu Gute kommen, öffentliche Gelder fließen sollen. Darunter fallen beispielsweise Maßnahmen zum Klimaschutz, zum Erhalt der biologischen Vielfalt oder zum Schutz von Wasser, Luft und Boden. An diese Gesichtspunkte ist die „gute fachliche Praxis“ zeitnah anzupassen.

Gerade erst hat die Regierung ihr Ziel, den Rückgang der Artenvielfalt bis zum Jahr 2010 zu stoppen weit verfehlt. Doch anstatt nun diese Chance – vielleicht auf lange Zeit die letzte - zu einer weitgehenden Reform der Agrarpolitik zu nutzen, versucht sie starrsinnig, den Status quo mit allen seinen Negativfolgen und Ungerechtigkeiten zu erhalten.

Ihr Ansprechpartner für weitere Informationen:
Frauke Lücke, LBV-Artenschutzreferat, Eisvogelweg 1, 91161 Hilpoltstein, f-luecke@lbv.de, Tel.: 09174/4775-36

Weitere Informationen finden Sie auch unter www.lbv.de/service/presse.